

Zu diesem Heft

Das Verhältnis von Sozialen Bewegungen und Sozialer Arbeit zeigte sich in den 1970er Jahren als ein konflikt- und spannungsreiches. In jenen „goldenen“ Jahren der Selbsthilfebewegungen und Bürgerinitiativen, die auf selbstbestimmte Vergesellschaftungsformen sowie auf die Organisation und Durchsetzung direkter Interessenpolitik beharrten und die sich als Alternative zur staatlich verordneten Bearbeitung gesellschaftlich verursachter Konflikte und Probleme verstanden (vgl. Grossmann 1971). Im Zentrum der Auseinandersetzung zwischen den Akteur*innen dieser neuen sozialen Bewegungen und den sozialpolitischen Instanzen standen einerseits die Definitionshoheit über Bedürfnisse und Problemlagen gesellschaftlicher Gruppen und in Verbindung damit deren Verrechtlichung und Klientifizierungsprozesse. Andererseits ging es um die Kritik am Expert*innenwissen der Professionellen und deren Professionalitätsansprüche bzw. -konzepte sowie nicht zuletzt um Finanzierungsfragen und Institutionalisierungsformen. Vielfältige neue Praxisansätze kritisierten und skandalisierten den Umgang mit der „Klientel“ in den jeweiligen Sozialeinrichtungen, die heute „Unternehmen“ heißen. Sie formulierten alternative normative und politische Ansprüche, die entweder in den vorhandenen sozialarbeiterischen Praxisfeldern durchzusetzen waren (vgl. in diesem Zusammenhang die Entstehung der Arbeitskreise Kritische Sozialarbeit und die Ausrufung einer „Sozialarbeiterbewegung“ bei Baron u.a. 1978) oder zu gegeninstitutionellen neuen Praxen führen sollten (vgl. Schwendter 1981, Roth 1994).

Prominente soziale Bewegungen wie die Frauen-, die Gesundheits-, die Antipsychiatrie- oder die Mieter*innenbewegung sowie die mit diesen verbundene Initiativen machten diese Konflikte und Spannungen manifest, nicht zuletzt auch in der Beantwortung der Frage „Wie haltet Ihr es mit der ‘Staatsknete’?“. Ein Beispiel ist die von den autonomen Frauenhäusern im Kontext der Zweiten Frauenbewegung vertretene Position, die sich nicht nur auf die Zurückweisung staatlicher Finanzierung – und damit inhaltlicher Einflussnahme – bezog, sondern auch die gängigen Institutionalisierungsmodelle und vor allem entsprechende Definitions- und Bearbeitungsmuster ablehnte – in diesem Fall die patriarchal bedingte Gewalt gegen Frauen und Familie als Herrschaftszusammenhang (vgl. Brückner 2002).

Ein anderes Beispiel findet sich in der Kritik an der „Enteignung der Gesundheit“ (vgl. Illich u.a. 1979), wie sie in weiten Teilen der Gesundheitsbewegung, der Behindertenbewegung und Selbsthilfegruppen im Zusammenspiel mit deren Kritik am klinischen Denken der Schulmedizin und ihrem Herrschaftswissen vertreten wurde.

Im Editorial der ersten Ausgabe der Widersprüche im Jahr 1981 wurde der Konflikt folgendermaßen gefasst: „Gegen die herrschaftliche Hilfe der Institutionen schießen in den letzten Jahren massenhaft „befreite Gebiete“ aus dem Boden: *Selbsthilfeprojekte* – ob Schule, Sozialbereich oder Gesundheitsversorgung, alle Projekte haben den Anspruch, wirklich zu helfen, *ohne Herrschaft* gegen andere zu produzieren. Die professionellen Expert*innen werden zu unerwünschten, überflüssigen Gurus erklärt. Die Institutionen, in denen die Linke in und nach den letzten Reformen Kräfteverhältnisse zu ändern suchte, sind abgeschrieben: Es entwickeln sich neue Lager: Aussteiger & Autonome gegen Institutionalist*innen. Die einen erklären die Institutionen allesamt zum integralen Bestandteil einer herrschenden, herrschaftlichen Rationalität, die die Gesellschaft unausweichlich in ihrer Macht hält. Die anderen erklären die Selbsthilfeprojekte zu irrationalen Anhängern vorbürgerlicher Mythologie und Handwerkelei.

„Selbsthilfe“ gewinnt ihre besondere Brisanz auch dadurch, daß sie von konservativer Seite als Sparmittel angepriesen wird, was von denen, die in „weniger Staat“ gleich mehr „Autonomie“ finden, nicht genügend reflektiert wird. Auch die Linke wurde in diesem Projekt verunsichert; allzu leicht gab sie sich manchmal modischen Abschwörtendenzen hin, was deswegen besonders tragisch ist, weil in diesem Prozeß der Diskussion um Institutionen, Herrschaft, Expertentum eine gesellschaftlich-historische Analyse dieser umkämpften Bereiche etliches zur Wahrheitsfindung beitragen kann. (Widersprüche 1, 1981: 3 f.)

Nicht zu vergessen ist die massive Kritik am repressiven Umgang mit so genannten Fürsorgezöglingen, wie sie prominent durch die Heimkampagne geübt wurde, in der Sozialarbeiter*innen, politische Aktivist*innen und in Heimen eingesperrte und andere Jugendliche dabei waren und u.a. den Anspruch einer Politisierung der Jugendlichen mit verschiedenen alternativen Lebens- und Wohnsituationen verbanden (vgl. Autorenkollektiv 1971).

Last not least sei an die zahlreichen Proteste und Initiativen von Bewohner*innen gegen Mietwucher und städtische Fehlplanungen erinnert, die von der (auch heute noch hoch aktuellen) Forderung „Wohnen darf nicht länger Ware sein“ (Wawryzyn/Kramer 1974) begleitet wurde. An diesen Initiativen waren linke Sozialarbeiter*innen in unterschiedlichen Rollen beteiligt, und solche widerständigen Praxen waren ebenso Gegenstand des offiziellen Hochschulbetriebs wie des selbstorganisierten Lernens der damaligen Studierenden.

Da sich die staatlichen Strategien zur Zähmung und Einhegung der „neuen sozialen Bewegungen“ vorzugsweise auf diese drei Bereiche: Einflussnahme durch öffentliche Finanzierung (Geld), Vorgaben zur Organisationsweise (rechtliche und verwaltungsmäßige Regelungen) und professionelle Bearbeitung (Institutionalisierung) fokussierten, ergab sich eine harte Konfliktstellung zwischen den Initiativen und Bewegungen einerseits und dem Sozialstaat sowie dessen Personal andererseits (beispielhaft hierzu: Gronemeyer 1974). Für nicht wenige Sozialarbeiter*innen, die mit den neuen Bewegungen sympathisierten und/oder sich in ihnen engagierten, bedeutete dieses Dilemma eine Herausforderung. Sie mussten ihre professionelle Identität neu justieren und sich auf die Suche nach einer „solidarischen Professionalität“ (Kunstreich 1975) machen, was sich in Teilbereichen der Sozialarbeitsbewegung wie z.B. der Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK) und den Arbeitskreisen Kritische Sozialarbeit niederschlug (vgl. Baron u.a. 1978).

Die „Widersprüche“ haben sich seit ihrem Bestehen immer wieder – insbesondere während der 1980er und 90er Jahre – mit dem Phänomen der sozialen Bewegungen auseinandergesetzt und das schwierige Verhältnis zwischen Sozialstaat, Reproduktionsberufen und Bewegungen im Kontext ihrer „Politik des Sozialen“ respektive „Produzentenpolitik“ interpretiert (vgl. Heft 66). Dabei wurden beispielsweise die Krise des Gesundheitswesens in den Blick genommen (Heft 17), die politische Produktivität der GWA diskutiert (Heft 65), aber auch in den 1990ern und 2000ern Alternativen der Vergesellschaftung (Heft 80 und Heft 124) erörtert sowie die Entwicklung einer sich kritisch verstehenden Sozialen Arbeit (Heft 100).

Wie wir aus dem weiteren Verlauf der Geschichte wissen, machten viele soziale Bewegungsprojekte ihren Frieden mit der Staatsknete: z.B. durch die kreative Nutzung von Arbeitsförderung – solange diese den Initiativen Gestaltungsmöglichkeiten verschaffte –, aber auch mit Institutionalisanforderungen und professionellen Bearbeitungsmustern. Dies geschah teils notgedrungen, teils als Ergebnis von Erfahrungen mit chaotischen Organisationsstrukturen oder auch fehlenden Kompetenzen. Begünstigt wurde dieser Prozess einer reformerischen Wende der „kleinteilige(n), zunehmend professionalisierte(n) Bearbeitung in Projekten und Milieus“ (Roth 1999: 54) sicherlich auch durch die enorme sozialstaatliche Expansion im Verlauf der 1970er Jahre als Resultat einer ökonomischen Hochkonjunktur und als Erfordernis einer Reformpolitik, die eine Ausweitung von Bildungs- und Teilhabechancen für Angehörige der unteren und mittleren Schichten versprach. Ein Ergebnis davon war der deutliche Institutionalisierungs- und Professionalisierungsschub für die sozialen Dienste.

Im liberalisierten globalen Kapitalismus der vergangenen zwei Jahrzehnte sind Soziale Arbeit und soziale Bewegungen mit neuen ökonomischen, gesellschaftlichen, kulturellen und sozialpolitischen Bedingungen konfrontiert, die als Ergebnisse der Rücknahme bzw. Neuprogrammierung sozialstaatlicher Risikoabsicherungen einerseits, der Ökonomisierung und Technologisierung (nicht nur) des Sozialen andererseits und drittens einer allortigen geforderten Selbstverantwortlichkeit der Einzelnen gelesen werden können. Zum Verständnis der politischen „Grammatik“ (vgl. Fraser 2015: 111 ff.) dieser widersprüchlichen und konflikthafter Situation ist eine Einsicht wichtig, wie sie uns in den vergangenen Jahren insbesondere Nancy Fraser in der kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der „neuen“, emanzipatorischen sozialen Bewegungen aufgezeigt hat: Zumindest Teile dieser Bewegungen sind eine „gefährliche Liaison“ mit dem Neoliberalismus“ (ebd.: 111) eingegangen, um ihre Forderungen umzusetzen, die sich nicht selten gegen den „Unterdrückungscharakter“ bürokratisch organisierter sozialstaatlicher Leistungen und Einrichtungen richtete. Wie einige der oben genannten Beispiele schon zeigen, gilt dies gerade auch für die Schnittmenge zwischen sozialen Bewegungen und der sich durch deren Einfluss „reformierenden“ institutionalisierten Sozialen Arbeit. In der Folge haben nicht wenige Forderungen nach „Emanzipation“ im Lichte des aktivierenden Staates eine Rekuperation erfahren und sind teilweise in ihr Gegenteil umgeschlagen.

Das derzeitige Verhältnis von sozialen Bewegungen und Sozialer Arbeit ist von vielfältigen Facetten geprägt, die sich zudem dynamisch zueinander verhalten. Mit diesem Heft wollen wir zum einen deren öfters behauptete Dichotomie hinterfragen und analysieren, dies im Hinblick auf eine Frontstellung der jeweiligen Problemlagen, -definitionen und Bearbeitungsformen. Auch werden in den Beiträgen Kooperationen, Mischformen, Vereinnahmungen und Transformationen zwischen/von sozialen Bewegungen und Sozialer Arbeit erkennbar, und es gilt erneut zu fragen, welche Schnittpunkte und Gemeinsamkeiten, aber auch welche Unübersichtlichkeiten, Konkurrenzen, Grenzbearbeitungen oder verschobene Problemsetzungen sich dabei ergeben können bzw. ergeben müssen. Nicht zuletzt setzen sich einzelne Beiträge mit dem Selbstverständnis von professionellen Sozialarbeiter*innen auseinander, die sich ja oft als Grenzgänger*innen zwischen/ in beiden Bereichen verstehen und bewegen.

Das vorliegende Heft geht diesen Fragen nicht nur mit Blick auf die „großen“ sozialen Bewegungen nach, es werden auch Initiativen und Selbstorganisationen „vor Ort“ betrachtet, anhand derer unterschiedliche Qualitäten und Formen von „schwierigen Verhältnissen“ deutlich werden.

Zu den Beiträgen im Einzelnen

Roland Roth untersucht in seinem Text die Dialektik zwischen sozialen Bewegungen als „Treiber“ für soziale Innovationen und dem Prozess deren Einhegung und Kooption in die sozial(politische) Dienstleistungslandschaft. Roth zeichnet diese Dialektik in seinem historischen Rückblick auf die unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Kontexte nach, indem er z.B. die Beweggründe, Ziele und Entwicklung der „alten“ sozialen Bewegung (der Arbeiterbewegung des 19. Jhdts.) mit den „neuen“ sozialen Bewegungen kontrastiert. Er fragt ebenfalls danach, inwieweit sogenannte „schwache Interessen“ in sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Praxis präsent sind, wie stark bzw. normsetzend diese mittlerweile in institutionelle Kontexte, somit auch in Felder professioneller sozialer Arbeit, eingewandert sind. Mit Blick auf die „dunkle Seite“ sozialer Bewegungen (extreme Identitätspolitik, nationalistische und rassistische Ausgrenzungen und Schließungen, antidemokratische Tendenzen...) fordert Roth eine Kritische Soziale Arbeit dazu auf, sich jedweden Adaptionspraxen sozial(staatlicher) Institutionen entgegenzustellen und z.B. mit existierenden Demokratisierungsinitiativen verstärkt zu kooperieren.

Marc Diebäcker und *Manuela Hofer* analysieren die Funktionen Sozialer Arbeit und sozialer Bewegungen in einem sich transformierenden (Sozial-)Staat. Mit Bezug auf die Social Justice Bewegung arbeiten sie deren Selbstorganisation entlang selbst gewählter Themen und einer solidarischen Verbindung zur Gruppe als Grundprinzip sozialer Bewegungen heraus. Soziale Bewegungen haben andere Möglichkeiten des radikalen Denkens, entwickeln widerständige Ideen und darauf aufbauend Handlungsalternativen. Ihr Beitrag diskutiert, weshalb die Übertragung zentraler Dimensionen sozialer Bewegungen auf das Feld Sozialer Arbeit scheitert. Dabei setzen sie sich auch konkret mit Problematiken aktueller Professionsidentitäten, Fragen der Mandatierung und der Ausrichtung von Angeboten sowie der Übernahme von Zugängen und Methoden auseinander. Sie fordern abschließend zur Diskussion über professionsbezogene Entwicklungsmöglichkeiten für eine emanzipative und solidarische Soziale Arbeit auf.

Sabine Stövesand und *Hannah Wachter* reflektieren in ihrem Beitrag Fragen, die von Diebäcker/Hofer gestellt worden sind, anhand eines Projektes gegen häusliche Gewalt in einem Hamburger Stadtteil. Das Projekt hat seine Wurzel in feministischen Untersuchungen zur Entstehung häuslicher Gewalt und formuliert den Anspruch einer Beteiligung/Aktivierung von Bewohner*innen des Quartiers über Community-Organizing. Stövesand und Wachter prüfen, inwieweit diese Ansprüche eingelöst worden sind und wie sich die Soziale Arbeit in diesem Konfliktfeld umgestaltet hat.

Florian Hohenstatt thematisiert in seiner exemplarischen Analyse von Bewegungen unter dem Label „Recht auf Stadt“, wie diese lokalen Bewegungen Konflikte aufgreifen, die unter dem Etikett „Sozialraumorientierung“ auch Gegenstand Sozialer Arbeit sind (Veränderung von Wohnverhältnissen, Ausgrenzung bestimmter Gruppen vom Wohnungsmarkt, Verarmung bzw. Aufwertung von Stadtteilen). Er diskutiert die Unterschiede eines aktivistischen-bewegungshaften und eines sozialarbeiterisch-professionellen Zugangs und begründet die Notwendigkeit einer Einmischung Sozialer Arbeit als Institution, aber auch durch einzelne Professionelle in diese städtischen Konflikte.

Fabian Fritz, Michael Wetzels und *Julia Zeyn* beschreiben in ihrem Text die so genannten „Ultras“ in der Fußballfanszene als Soziale Bewegung. Sie begründen diese Sichtweise in Abgrenzung zu anderen wissenschaftlichen Positionen, die „Ultras“ auf ein Phänomen individualistischer Erlebnis- und Gewaltorientierung reduzieren. Ausgehend von dieser Auseinandersetzung diskutieren sie Handlungsmöglichkeiten sozialpädagogischer Fanprojekte zwischen Kolonialisierung, Kontrolle und Demokratiebildung.

In mehreren kurzen „*Berichten aus dem Landesinneren*“ kommen Akteur*innen aus dem Spannungsfeld zwischen Sozialer Bewegung und Sozialer Arbeit zu Wort. Die *Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg* beantwortet Fragen zu ihrem Selbstverständnis und ihren langjährigen Erfahrungen der Selbstorganisation und der politischen Intervention im Konfliktfeld Erwerbslosigkeit und Armut. *Michael David* von der Diakonie Deutschland erläutert und begründet Schritte der Veränderung einer diakonischen Perspektive auf ebendieses Konfliktfeld und seine Akteur*innen von einer Praxis „für Andere“ zu einer Praxis „mit Anderen“. Das *Interview von Sabine Stövesand mit Annelore Uliczny und Steffen Jörg von der Gemeinwesenarbeit St. Pauli* in Hamburg erzählt von wesentlichen Entwicklungsschritten dieses Hamburger Projektes ausgehend von einer studentischen Initiative zu einer Institution im Stadtteil, die ursprüngliche politisch-emanzipatorischen Ansprüche bewahrt und sich veränderten Lebensbedingungen und Konflikten im Stadtteil gestellt hat – zwischen Professionalisierung, Partizipation in sozialen Bewegungen und Beteiligung von Bewohner*innen. *Siegfried Saerberg* analysiert aus der Perspektive der Disability Studies und persönlicher Erfahrung die Beziehungen von Sozialer Arbeit, Behindertenbewegung und Wissenschaft. Er bestimmt Differenzen zwischen den der Sozialen Arbeit zugeschriebenen Mandaten und Bewegungen, in denen so genannte Adressat*innen sich zu Expert*innen ihrer Angelegenheiten ermächtigen. Schließlich plädiert er für die Anbindung Sozialer Arbeit als Dienstleistung an die Selbsthilfe.

Literatur

- Autorenkollektiv 1971: Gefesselte Jugend. Fürsorgeerziehung im Kapitalismus. Frankfurt a.M.
- Baron, Rüdiger u.a. (Hg.) 1978: Arbeitsfeldmaterialien zum Sozialbereich: Sozialarbeit zwischen Bürokratie und Klient. Dokumente der Sozialarbeiterbewegung. Offenbach
- Brückner, Margit 2002: Wege aus der Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Eine Einführung. Fachhochschulverlag, Frankfurt a.M.
- Fraser, Nancy 2015: Dreifachbewegung – Die politische Grammatik der Krise nach Karl Polanyi. In: Brie, Michael (Hg.): Polanyi neu entdecken. Hamburg, S. 100-115
- Gronemeyer, Reimer 1974: Leerstellen der Konfliktsoziologie: Zum konflikttheoretischen Bezugsrahmen für Gemeinwesenarbeit. In: Bahr/Gronemeyer (Hg.): Konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit. Darmstadt/Neuwied, S. 46-73
- Grossmann, Heinz (Hg.) 1971: Bürgerinitiativen – Schritte zur Veränderung? Frankfurt a.M.
- Illich, Ivan u.a. 1979: Entmündigung durch Experten. Zur Kritik der Dienstleistungsberufe. Reinbek
- Kunstreich, Timm 1975: Der institutionalisierte Konflikt. Eine exemplarische Untersuchung zur Rolle des Sozialarbeiters in der Klassengesellschaft am Beispiel der Jugend- und Familienfürsorge. Offenbach
- Roth, Roland 1994: Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Weg zur politischen Institution. Köln
- 1999: Neue soziale Bewegungen und liberale Demokratie. In: Klein, Ansgar u.a. (Hg.): Neue soziale Bewegungen. Opladen, S. 47-63
- Schwendter, Rolf 1981: Alternativen in der Sozialarbeit. In: Info Sozialarbeit 28/29. Offenbach, S. 5-24
- Wawryzyn, Lienhard/Kramer, Dieter 1974: Wohnen darf nicht länger Ware sein. Darmstadt/Neuwied
- Widersprüche 1/1981: Hilfe und Herrschaft. Abschied vom Arbeitsfeld? Zur Neubestimmung sozialistischer Strategie im Reproduktionsbereich. Offenbach, S. 3 ff.

Die Redaktion